

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 29.

Paderborn, 8. März

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Garmond-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt werden noch fortwährend angenommen und die früh erschienenen Nummern vollständig nachgeliefert. Auswärtige wollen bei der nächstgelegenen Postanstalt ihre Bestellungen machen, damit die Zusendung sofort erfolgen kann.

Uebersicht.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Amtliches.

Deutschland. Berlin (Sitzung der 2. Kammer; Fraktions-Versammlungen; der 18. März soll feierlich begangen werden); Frankfurt (National-Versammlung); Coblenz (das 8. Armee-corps soll mobil gemacht werden); Wien (Reichstags-Sitzung zu Kremsier; die ungarischen Bischöfe). Italien. (Römische Zustände; Aufstand in der Umgegend von Florenz). Aften. (Schlacht der Engländer mit den Sifhs).

Bermischtes.

R. Paderborn, 6. März 1849.

Grundrechte des deutschen Volks.

(Fortsetzung.)

Artikel II.

Gleichheit vor dem Gesetze.

§. 7. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände.

Der Adel als Stand ist aufgehoben.

Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.

Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben, und dürfen nie wieder eingeführt werden.

Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen.

Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.

Die Wehrpflicht ist für Alle gleich. Stellvertretung bei derselben findet nicht Statt.

Vor dem Gesetze müssen alle gleich sein, wie vor Gott, sie seien reich oder arm, klug oder weise, oder einsältig.

Die Gleichheit vor dem Gesetze ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Doch geht es nicht an, alle Bürger ohne Ausnahme vor dem Gesetze gleichförmig zu behandeln. Es wird nach wie vor bleiben, daß der unverbesserliche Dieb, um die bürgerliche Gesellschaft gegen ihn zu schützen, unter polizeiliche Aufsicht gestellt wird, daß der Betrüger und Meineidige vor Gericht nicht als glaubwürdiger Zeuge auftreten kann. Das ist aber eben Gleichheit vor dem Gesetze, daß jeder Schurke als Schurke behandelt wird. Gott selbst hat die Menschen ungleich gemacht. Einige haben viel, Andere wenig Verstand oder gar keinen bekommen. Ebenso ungleich, oder noch wohl mehr sind die sogenannten Glücksgüter der Erde vertheilt.

Solche natürliche Unterschiede kann das Gesetz nicht wegläugnen, muß sie vielmehr berücksichtigen, darf ihnen aber keine weitere Ausdehnung geben, als die Natur der Sache es erfordert. Man kann z. B. ein Gesetz nicht tadeln, welches ein Vergehen mit Geldbuße bestraft, beim armen Manne aber, welcher die Geldbuße nicht erlegen kann, eine andere verhältnismäßige Strafe verhängt. Noch weniger ist es Unrecht, wenn den Armen ein Anspruch auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln durch das Gesetz gegeben wird, während der Reiche dann einen Beitrag liefern muß, oder wenn den geschicktesten Leuten bei Besetzung öffentlicher Aemter den Andern vorgezogen werden. — Mit der Gleichheit vor dem Gesetze war das Fortbestehen des Adels als besonderer Stand nicht zu vereinbaren. In den Worten, daß der Adel als Stand aufgehoben sei, ist viel ausgesprochen. Der Adel ist nur noch ein bloßer Name geblieben. Bisher war der Adel ein höherer, bevorzugter Stand; es wurde ihm auch eine besondere adeliche Ehre beigelegt. Um Weniges anzuführen, — so wurden z. B. nach den erst in neuester Zeit aufgehobenen Bestimmungen des Preuß. Landrechts Injurien gegen Adelige höher bestraft, und war besonders vor-

geschrieben, daß ein Edelmann, der sich soweit vergesse, daß er einem Andern von gleichem Stande aufpasse oder aufpassen ließe und ihn mit Stock- und Peitschenhieben beschimpfe, als einer angesehen werden solle, der sich schon durch die That aller Standesvorrechte und Würden verlustig gemacht habe und außerdem mit 8 bis 10 jährigem Festungsarreste zu bestrafen sei. Nach einer andern wörtlichen Bestimmung unsers Landrechts können Mannspersonen von Adel mit Weibspersonen aus dem Bauer- oder geringem Bürgerstande keine Ehen zur rechten Hand schließen. Außerdem hatten gewisse Klassen des Adels das Recht der Autonomie d. h. das Recht, sich selber Familiengesetze mit rechtsverbindlicher Kraft zu geben; auch das Recht der Landstandtschaft d. h. sie waren vermöge ihres adeligen Standes Mitglieder der Landtage. Das Alles ist nun neben andern Privilegien aufgehoben. Der Adelige ist vor dem Gesetze dem Bürger gleich gemacht. Daß er den von seinen Vätern ererbten Namen fortführen darf, ist gerecht. Er hat darauf ein eben so gutes Recht, als jeder Bürger auf den seinigen. Die adeligen Namen schaden uns Bürgern nicht. Knüpfen sich historische Erinnerungen an einen solchen Namen, so wollen wir den Trägern desselben gern dieses Denkmal lassen, wie wir auch jedem Bürgerkinde den Abglanz väterlichen und urelterlichen Ruhmes nicht mißgönnen. — Durch Aufhebung der Titel, welche nicht mit einem Amte verbunden, ist bloß eine Lächerlichkeit abgestellt. Die meisten Räte in Preußen haben wahrlich nichts zu rathen und zu berathen; wozu nun der leere Titel? — Soll ein Orden eine äußere Anerkennung sein, daß sich der Inhaber um sein Vaterland verdient gemacht hat, so kann ein Deutscher von einem fremden Staate keinen Orden annehmen; denn einem fremden Staate steht es nicht zu, Verdienste um unser Vaterland zu belohnen. Die fremden Orden, welche Deutschen ertheilt sind, sind meistens nicht wegen Verdienste um das deutsche Vaterland verliehen. Fürst Metternich hätte dem Reichstage zu Frankfurt hierüber manche belehrende Mittheilung machen können. Einige ausgezeichnete deutsche Gelehrte und Künstler mögen allerdings wegen ihrer Verdienste um die ganze Menschheit von fremden Staaten ohne böse Nebenabsichten Orden verliehen erhalten haben. — In frühern Zeiten waren die öffentlichen Aemter zwar Allen in soweit zugänglich, als Niemand gesetzlich davon ausgeschlossen war; den Befähigten war aber kein Recht auf Anstellung gegeben. Die Anstellung war immer eine Gnade der Regierung oder des Landesherren. Zu hoffen ist, daß die Gesetze und Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten den Befähigten Mittel und Wege an die Hand geben, um ihr Recht auf ein öffentliches Amt geltend machen zu können. — Nicht in allen deutschen Ländern war, wie in Preußen, die Wehrpflicht für Alle gleich. In vielen, ja in den meisten deutschen Staaten konnte sich der Wehrpflichtige durch einen Andern vertreten lassen. Dem Undirge ist ein Ende gemacht. Jeder, dem Gott die nöthige Kraft verliehen hat, ist verpflichtet, das Vaterland zu verteidigen. Diese große und heilige Pflicht darf der Reiche nicht ferner Miethlingen übertragen; denn wie es in der Bibel heißt, flieht der Miethling, weil er um Lohn dient, wenn er den Wolf kommen sieht.

Fortsetzung folgt.

Bekanntmachung.

Die Sendungen der Präsidien und der Mitglieder der beiden Kammern der preussischen Abgeordneten werden unter folgenden Bedingungen auf den preussischen Posten portofrei befördert: Die Portofreiheit tritt ein 1) für alle Briefe und Aktensendungen, ohne Beschränkung des Gewichts, welche von den Präsidenten der beiden Kammern abgesandt werden und an dieselben oder an die Kammern unmittelbar